

## Niederschrift

über die 21. Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport am Dienstag, 19.03.2019, im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

### Anwesenheit:

#### CDU-Kreistagsfraktion

Danielczyk, Ralf  
Egger, Hans-Peter  
Gochermann, Josef, Prof. Dr.  
Haselkamp, Anneliese  
Klaus, Markus  
Kummann, Norbert Vertretung für  
Herrn Christoph Haub  
Lütkecosmann, Josef  
Merschhemke, Valentin Vorsitzender  
Schnittker, Alois  
Wenning, Thomas, Dr.  
Wobbe, Ludger

#### SPD-Kreistagsfraktion

Gernitz, Renate s.B.  
Hülk, Birgit  
Kurilla, Diana  
Waldmann, Johannes Vertretung für  
Herrn Klaus Jahn

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

##### Kreistagsfraktion

Raack, Mareike

#### FDP-Kreistagsfraktion

Schäfer, Sabine s.B.

#### UWG-Kreistagsfraktion

Kaltegärtner, Wolfgang s.B.

#### Beratendes Mitglied als Vertreter des Kreissportbundes

Heuermann, Bernd

#### Beratendes Mitglied als Vertreterin der kath. Kirche (in Schulangelegenheiten)

Krahenfeld, Stephanie

#### Beratendes Mitglied als Vertreter der ev. Kirche (in Schulangelegenheiten)

Hirse Korn, Dirk

#### Referent zu TOP 1 (öffentlicher Teil)

Zeuner, Dirk  
Leiter der Regionalen Schulberatungsstelle

#### Verwaltung

Schütt, Detlef  
Twilling, Gregor  
Mohring, Willfried  
Janning, Swenja  
Außendorf, Johanna, Schriftführerin

#### Gäste (öffentlicher Teil)

Sonderschulrektorin Marre  
Schulleiterin der Peter-Pan-Schule  
Studiendirektor Nee  
stellv. Schulleiter des Oswald-von-Nell-Breuning-  
Berufskollegs  
Oberstudiendirektorin Neuser  
Schulleiterin des Richard-von-Weizsäcker-  
Berufskollegs  
Studiendirektorin Reller  
stellv. Schulleiterin des Pictorius-Berufskollegs  
Sonderschulrektorin Siehoff  
Schulleiterin der Astrid-Lindgren-Schule  
Oberstudiendirektor Tews  
Schulleiter des Oswald-von-Nell-Breuning-  
Berufskollegs

Der Ausschussvorsitzende Valentin Merschhemke eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer. Insbesondere begrüßt er Frau Krahenfeld, die im Mai ihre neue Stelle als Persönliche Referentin im Generalvikariat Münster antritt, dem Ausschuss somit künftig nicht mehr beratend zur Verfügung stehen wird und dankt ihr, verbunden mit den besten Wünschen für die Zukunft, für die sehr gute Zusammenarbeit.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

#### Tagesordnung:

##### Öffentlicher Teil

- 1 Bericht der Regionalen Schulberatungsstelle im Kreis Coesfeld über die Tätigkeit im Jahre 2018  
Vorlage: SV-9-1302
- 2 Einrichtung einer „Fachschule für Wirtschaft, Aufbaubildungsgang Betriebswirtschaft für staatl. geprüfte Techniker/innen“ am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg des Kreises Coesfeld  
Vorlage: SV-9-1304
- 3 Entwicklungsplanung für die Berufskollegs des Kreises Coesfeld; Erarbeitung von handlungsfeldbezogenen Projektplänen  
Vorlage: SV-9-1307
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder

##### Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Im öffentlichen und im nicht öffentlichen Teil erfolgen keine Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates und keine Anfragen der Ausschussmitglieder.

**TOP 1 öffentlicher Teil**

SV-9-1302

**Bericht der Regionalen Schulberatungsstelle im Kreis Coesfeld über die Tätigkeit im Jahre 2018**

Vors. Merschhemke begrüßt Herrn Zeuner, Leiter der Regionalen Schulberatungsstelle, und bittet um Vorstellung des Berichtes.

Zu Beginn haben die Ausschussmitglieder einen komprimierten Auszug der Statistik 2018 zu den Handlungskategorien der Regionalen Schulberatungsstelle als Tischvorlage erhalten.

Nachdem Dez. Schütt auf eine Stellenausweitung um zukünftig 0,5 Stellen für das Aufgabenspektrum „Antisemitismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und Salafismus“ hinweist, geht Herr Zeuner in seinem Vortrag differenziert auf die einzelnen Handlungsfelder des Jahres 2018 ein.

Mit detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Zahlen des vorliegenden Auszugs aus der Statistik erläutert er bilanziell, dass die Gesamtzahl der Individualberatungs-, Systemberatungs- und sonstigen Beratungsprozesse zwar deutlich gestiegen sei, jedoch seien die komplexen Beratungen und die schulischen Krisen zahlenmäßig weniger geworden. Hier zeige sich, dass die Schulen deutlich souveräner im Umgang damit geworden sind.

Ein deutlicher Anstieg sei hingegen bei den Kurz- und Systemberatungen zu verzeichnen, die zwar vielfältiger, aber in der Regel weniger umfangreich seien. Häufigster Beratungsanlass seien indessen psychische Auffälligkeiten, gefolgt von der Unterstützung neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler.

Insgesamt habe eine Veränderung bei den Handlungskategorien stattgefunden, so dass derzeit ein direkter Vergleich aller Kategorien zum Vorjahr nicht möglich sei, sich dies im Folgejahr aber wieder verändere.

Ktabg. Kurilla fragt, welche Perspektive für einen Behandlungsverlauf den von psychischen Problemen Betroffenen im Hinblick auf die durchschnittliche Wartezeit geboten werde.

Herr Zeuner antwortet, dass es zunächst schwierig sei, die Zusammenhänge der psychischen Probleme zu erkennen. In erster Linie handelte es sich häufig um schulische Probleme, u.a. hervorgerufen dadurch, dass sich die Schülerinnen und Schüler in einer für sie „falschen“ Schulform befinden, in der sie auf relativ lange Sicht „gefangen“ seien. Aber auch finanzielle Belastungen, z.B. eine sinkende Einkommenssituation im Elternhaus, drängen durchaus zu den Kindern durch. Daher erfolge häufig der Appell an die Eltern, dass der Schulerfolg nicht über alles gehe. Häufig trete schon dann eine Besserung ein, wenn – trotz längerer Wartezeit – die Aussicht auf einen Termin und damit Beratung der Problematik ansteht.

Ktabg. Kumann sieht in dem Stichtag für die Einschulung, an dem einige Kinder schon mit fünf Jahren schulpflichtig seien, einen weiteren Grund für psychische Probleme, da mit einer körperlichen Überforderung auch eine psychische einhergehe.

Hierzu informiert Herr Zeuner, dass es Überlegungen gebe, den Stichtag 30.09. zu verändern. Sollte sich bei der regelhaften Eingangsuntersuchung zeigen, dass ein Kind noch nicht die körperliche Schulreife habe, könne es immer noch zurückgestellt werden.

Ktabg. Danielczyk fragt, welche Untersuchungs-Items wegen Drogenkonsums es gebe. Herr Zeuner sieht Schwierigkeiten in der Interaktion, da dies kein eigener Beratungsgrund sei bzw. als solcher benannt werde. Häufig erfolge eine Kompensation z.B. in Absentismus und Leistungsdefiziten. Manchmal werde eine Systemberatung mit Vermutung des Drogenkonsums angefordert.

Vors. Merschhemke dankt Herrn Zeuner für den informativen Bericht

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

## **TOP 2 öffentlicher Teil**

SV-9-1304

### **Einrichtung einer „Fachschule für Wirtschaft, Aufbaubildungsgang Betriebswirtschaft für staatl. geprüfte Techniker/innen“ am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg des Kreises Coesfeld**

Dez. Schütt erläutert einleitend die beabsichtigte Erweiterung bzw. Kombi-Ausbildung. Eine Anfrage bei Schülerinnen und Schülern des Pictorius-Berufskollegs habe ergeben, dass 46 Schülerinnen und Schüler ihr Interesse bekundet und sich derzeit bereits 19 dazu angemeldet haben. Der Aufbau-Bildungsgang werde in Teilzeit angeboten, so dass die Teilnehmenden weiter ihrem Beruf nachgehen können.

Vors. Merschhemke sammelt zunächst die sich zum Teil wiederholenden Fragen und bittet den Schulleiter des Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskollegs, Herrn Oberstudiendirektor Tews, und die stellv. Schulleiterin des Pictorius-Berufskollegs, Frau Studiendirektorin Reller, um anschließende Beantwortung.

1. Wie ist der Bildungsgang organisiert?
2. Wie viele der 19 Angemeldeten sind aus der Region?
3. Ist ein entsprechender Bildungsgang auch in den Umlandkreisen geplant?
4. In welcher Höhe fallen Kosten an?
5. Ist eine von den Teilnehmenden zu tragende Kostenbeteiligung („Schulgeld“) vorgesehen?
6. Ist – im Zeitalter der Digitalisierung – der Bildungsgang ggf. als Online-Angebot geplant?

OStD Tews führt aus, dass zu 1. die Organisation der 600 zu absolvierenden Stunden zunächst –wie die der anderen Fachschulen in Teilzeit aus Anlage E der APO-BK auch – auf zwei Nachmittage und den Samstagvormittag geplant gewesen sei. Jedoch würde in Absprache mit den Betrieben und den interessierten Schülerinnen und Schülern eindeutig ein Modell mit drei Tagen im Betrieb und zwei Tagen in der Fachschule favorisiert.

StD`in Reller ergänzt, dass das Zwei-Tage-Modell auf Wunsch der Interessenten vorgesehen sei, von denen viele in Verhandlung mit ihren Betrieben stünden, die ihrerseits ebenfalls – vor allem der Mittelstand – das Modell befürworteten und bei den Verträgen mitwirkten. Zudem würden in einigen Betrieben als Unterstützung einschlägige Projektgruppen eingerichtet. Zu 2. erläutert OStD Tews, dass von den derzeit 19 Angemeldeten 18 bislang das Pictorius-Berufskolleg besuchen; der Bildungsgang in Ahlen verzeichne derzeit 21 Anmeldungen.

Zudem werde zu 3. der Bildungsgang in den Nachbarkreisen derzeit nur in Ahlen angeboten, weitere sind offenbar nicht geplant. Im Übrigen sei man zuversichtlich, z.B. nach der am Pictorius-Berufskolleg stattfindenden Technikmesse, die noch fehlenden drei weiteren Anmeldungen zu erhalten.

Zu Frage 4. und 5. teilt Dez. Schütt mit, dass hinsichtlich Räume und Ausstattung keine weiteren Kosten anfallen, da vorhandener Schulraum zu anderen Zeiten genutzt werde; das Gleiche gelte für die Technik.

Eine Kostenbeteiligung der Schülerinnen und Schüler sei nicht vorgesehen.

Zu 6., einem etwaigen Online-Angebot, berichtet OSTD Tews, dass der gesamte Kurs nicht online angeboten werde, für ein einzelnes Modul könne das evtl. der Fall sein.

Neben Ktabg. Lütkecosmann, der den Bildungsgang als wichtiges Angebot im Tableau bezeichnet, bewertet auch Ktabg. Dr. Gochermann die Fachschule für Technik in der vorgestellten Form als Bereicherung.

Abschließend teilt Dez. Schütt mit, dass – anders als im Beschlussvorschlag formuliert –, die Einrichtung der Fachschule nicht nur zustimmend zur Kenntnis genommen, sondern auch vom Kreistag beschlossen werden muss.

Sodann formuliert Vors. Merschhemke den Beschlussvorschlag wie folgt und lässt über ihn abstimmen.

### **Beschluss:**

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu machen:

Die Einrichtung einer „Fachschule für Wirtschaft, Aufbaubildungsgang Betriebswirtschaft für staatl. geprüfte Techniker/innen“, 1 Jahr Teilzeit, am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg des Kreises Coesfeld zum Schuljahr 2019/20 wird beschlossen.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

### **TOP 3 öffentlicher Teil**

SV-9-1307

#### **Entwicklungsplanung für die Berufskollegs des Kreises Coesfeld; Erarbeitung von handlungsfeldbezogenen Projektplänen**

Dez. Schütt erläutert, dass nach Vorberatung in diesem Fachausschuss und Beschlussfassung des Kreistages im Dezember 2018, die Verwaltung zusammen mit den Schulleitungen der Berufskollegs für die einzelnen Themenfelder Projektpläne erarbeiten solle, in denen Einzelmaßnahmen, Verantwortlichkeiten, Prioritäten und Umsetzungsstand festgehalten und fortgeschrieben werden.

Ein erster Entwurf eines Projektplans zur Herausforderung „*Technischer Fortschritt und Wandel*“ wurde inzwischen ausgearbeitet und dem Ausschuss zum heutigen Sitzungstermin als Vorschlag zur Kenntnis und Diskussionsgrundlage gegeben. Ähnlich sei man auch erfolgreich

in anderen Arbeitskreisen an Projektarbeiten herangegangen.

Ktabg. Lütkecosmann fragt, ob die im Dezember beschlossene Vorgehensweise mit der Bezirksregierung erörtert worden sei und wie sie sie bewerte. Dez. Schütt bestätigt, dass diese positiv dazu eingestellt sei, sie durchweg unterstütze und die sehr differenzierten Überlegungen gutgeheißen habe.

Da sowohl Ktabg. Lütkecosmann als auch Ktabg. Waldmann die Einstufung und Systematik der Prioritäten hinterfragen sowie die Zeitachse für die Zukunft und Korrelationen mit weiteren Herausforderungen ansprechen, verdeutlicht Dez. Schütt die Komplexität des gesamten Unterfangens.

Die strukturelle Herangehensweise erfordere, dass man zunächst alles aufschreibt – und dafür brauche es Zeit, sofern man nichts anderes zu tun hat; es muss schlichtweg leistbar sein. Korrelationen seien natürlich da und Querbezüge auch zu berücksichtigen, jedoch müsse zunächst erfasst werden, was alles zu tun ist, um auch nur ein Handlungsfeld von acht definierten anzugehen. Zudem handele es sich bei dem vorliegenden Projektplan um einen Entwurf, der noch nicht durchdekliniert sei, sondern einen Zwischenstand abbilde.

Herr Mohring ergänzt, dass die einzelnen Projektmaßnahmen alle sehr eng zusammenhängen. Die Prioritäten könnten daher nicht weit auseinanderliegen, da die Bausteine eng miteinander korrespondieren und sonst das Projekt nicht funktioniere.

Seit vergangenem Freitag stehe der Digitalpakt und der Abruf von Fördermitteln zur Umsetzung ginge von sächlicher Ausstattung bis hin zur Lehrerfortbildung.

Laut Ktabg. Wobbe sind die Prioritäten richtig gewählt und sinnhaft dargestellt. Er finde wichtig, dass viele Fördergelder abgerufen werden. Zudem soll es nach mündlicher Aussage eines Staatssekretärs IT-Fachleute des Landes für die Unterstützung der Schulen geben.

Ktabg. Lütkecosmann fordert ein Tableau mit breiterem Spektrum der Prioritäten. Sofern der First-Level-Support durch Lehrer geleistet werde, müsse sich das ändern, da diese den Unterricht zu leisten hätten. Außerdem müsse das Handlungsfeld auf die Belange der Berufskollegs weitergedacht werden.

Mitglied Schäfer merkt an, dass der Digitalpakt nur eine Anschubfinanzierung sei und die Digitalisierung in der Folge weiter viel Geld kosten werde.

Da laut Mitglied Kaltegärtner von den für NRW zugedachten Mitteln auf die einzelne Schule nur ein relativ geringer Betrag entfalle, fragt er, wie der Verteilungsschlüssel aussieht.

Laut Dez. Schütt müsse noch abgeschätzt werden, was der Digitalpakt alles ermöglicht. Die WfC erarbeite eine Darstellung, um es gemeinsam mit den Städten und Gemeinden zu besprechen; danach richten sich weitere – auch noch zu erarbeitende – Maßnahmen.

Er gehe nicht davon aus, dass eine Mittelverteilung nach dem „Windhundprinzip“ erfolge.

Dez. Schütt schließt die Diskussion mit der Mitteilung, dass neue Erkenntnisse unmittelbar nach Erhalt weitergetragen und kommuniziert werden. Sowohl die Grundgesetz-Änderung als auch der Entwurf des Digitalpakts müssten aber zunächst noch in Kraft treten.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Merschhemke  
Vorsitzender

Außendorf  
Schriftführerin